



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 21. März 2022  
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

### **M 626 Motion Schmutz Judith und Mit. über Anreize schaffen für die Förderung von Sanierungen anstatt Neubauten / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.  
Judith Schmutz hält an ihrer Motion fest.

Judith Schmutz: Der Klimabericht zeigt auf Seite 97 auf, dass im Gebäudebereich die Hauptherausforderung zur Reduktion direkter Treibhausgasemission unter anderem bei der energetischen Erneuerung bestehender Gebäudeparks liegt. Studien gehen davon aus, dass die Erneuerungsrate von Gebäudehüllen 1 Prozent beträgt. Das heisst übersetzt, dass ein Gebäudepark 100 Jahre braucht, bis er einmal vollständig erneuert wurde. 100 Jahre – weder Sie noch ich werden das höchstwahrscheinlich erleben. Ähnlich sieht das auch der Klimabericht, indem er klarstellt, dass energetische Erneuerungen der Gebäude über die Lebensdauer der Bauteile betrachtet oft günstiger sind als Neubauten, Sanierungen aber durch wirtschaftliche und soziale Aspekte leider erschwert werden. Meine vorliegende Motion wollte genau dem entgegenwirken, aber der Regierungsrat beantragt Ablehnung, da unter anderem schon genügend Massnahmen geplant seien, um die Reduktion der Treibhausgase zu unterstützen. Die Massnahmen im Klimabericht sind in der Tat begrüssenswert und gut. Aber wenn wir dem Energieteufel im Gebäudebereich entgegentreten wollen, dann müssen wir noch einen Schritt weiter gehen. Im bestehenden Planungs- und Baugesetz gäbe es meiner Meinung nach noch einige Vorschriften, die angepasst oder ergänzt werden könnten, um den Gebäudebereich noch nachhaltiger zu gestalten. Ich denke hier beispielsweise an Vorschriften bezüglich Baumaterialien oder Recycling, eine Reduktion des Flächenbedarfs, zusätzliche Beiträge für Hüllensanierungen, vereinfachte Bewilligungsverfahren und die Nutzung von Synergien durch bauliche Verdichtung und höhere Energieeffizienz. Im Baubereich gibt es immer noch ein grosses Potenzial zur Reduktion der Treibhausgase. Das gilt es zu nützen. Im Hinblick auf Gebäudesanierungen wird die graue Energie oft zu wenig berücksichtigt. In der Schweiz gibt es beispielsweise zwar gute Recyclingstrukturen, aber trotzdem produzieren wir immer noch grosse Abfallmengen. Davon werden zwei Drittel durch Recycling zurückgewonnen. Die Schweiz nimmt beim Recycling zwar einen Spitzenplatz ein, aber bei der Wiederverwendung sind wir extrem unterentwickelt. Dabei könnte man mit der Wiederverwendung von Bauteilen nicht nur die Abfallmenge, sondern auch einen Grossteil der grauen Energie einsparen. Ich bitte Sie, die vorliegende Motion erheblich zu erklären.

Ruedi Amrein: Die FDP wird die Motion ablehnen. Sie folgt auf der einen Seite dem Regierungsrat, der sagt, dass bezüglich Klima eine Sanierung nicht in jedem Fall besser ist. Es kann sein, dass ein Gebäude auch nach der Sanierung beispielsweise bei der Isolation noch immer nicht den Stand eines neuen Gebäudes erreicht. Bei einem neuen Gebäude können vielleicht auch neue Baumaterialien verwendet werden, die klimafreundlicher sind. Aus diesen Gründen ist es für uns nicht eindeutig, dass Sanierungen immer besser sind.

Wenn Gebäude abgerissen werden, kann eine Verdichtung erfolgen, und man braucht weniger Land. Das hilft auch dem Klima. Dieses Thema betrifft auch die Kreislaufwirtschaft, die wir wiederum unterstützen. Wir können keine starren Regeln brauchen. Es muss in Zukunft abgewogen werden, was wichtiger ist: der Energieverbrauch, die Kreislaufwirtschaft oder die Denkmalpflege. Aus all diesen Gründen lehnt die FDP-Fraktion die Motion ab.

Willi Knecht: Auch die SVP wird diese Motion ablehnen. Die Ausführungen der Regierung sind nachvollziehbar und plausibel, und ich kann mich auch dem Votum von Ruedi Amrein anschliessen. Für uns gibt es noch einen vierten Grund: Eine solche Anpassung ist klar ein zu starker staatlicher Eingriff in die Markt- und Privatwirtschaft, das lehnt die SVP ab. Zudem sind wir klar der Meinung, dass mit dem Kantonalen Energiegesetz und dem Förderprogramm bereits ausreichende Instrumente und Anreize zur Verfügung stehen. Deshalb wir die SVP der Regierung folgen und die Motion einstimmig ablehnen.

Hasan Candan: Wir werden die Motion unterstützen, und ich bitte Sie, dies ebenfalls zu tun. Bei den Gebäuden ist es wie mit den Schuhen. Die Schuhe, bei welchen Sie die Sohlen ersetzen, brauchen weniger Energie und Ressourcen als neue Schuhe. Wenn Sie den Zeitpunkt verpasst haben, um die Sohle auszutauschen, dann müssen Sie die Schuhe wegwerfen. Zu den Schuhen, die Sie am längsten besitzen und bei denen Sie mehrmals die Sohle ausgewechselt haben, haben Sie einen emotionalen Bezug und tragen sie am liebsten. So ist es auch in vielen Gemeinden bei älteren Gebäuden, die einen schönen Charakter haben und damit die Wohnqualität gegenüber einem Neubau erhöhen. Oft wird bei schönen Gebäuden mit historischem Wert auf eine Sanierung verzichtet, weil sie zu teuer wäre. Genau hier setzt die Motion an, und wir können noch mehr tun. Vorher wurde die Regierung gelobt. Ich kann der Regierung dieses Lob noch einmal geben: Das Gebäudeprogramm ist richtig und gut, aber wir sind noch nicht am Ende der Geschichte, sonst wären wir jetzt nicht hier. Wir müssen den Turbo einschalten, wir müssen noch mehr machen als bisher. Deshalb braucht es diese Motion. Es geht nicht nur um Gebäude, die jetzt in der kritischen Phase sind. Wenn wir die Investitionen nicht tätigen, werden die Gebäude zu Schuhen, die wir wegwerfen müssen. Wir müssen das zu verhindern versuchen. Dafür gibt es verschiedene Massnahmen. Die Finanzierung wurde im Gesetz angesprochen, aber es geht auch um Anreize. Die Anreize haben wir noch nicht ausgeschöpft. Wenn Sie günstige Schuhe von schlechter Qualität kaufen, können Sie oft nicht die Sohlen wechseln. Ich glaube, dass hier die Regierung mehr tun könnte. Die Häuser, die jetzt gebaut werden, müssen wir auch einmal sanieren. Der Kanton müsste Anreize setzen, dort hochwertige Materialien einzubauen, nicht nur treibhausgasarme sondern auch langlebige. Deshalb bitte ich Sie, die Motion zu unterstützen.

Claudia Huser: Ich spreche gleich zur Motion M 626 und zur anschliessenden Bemerkung 29 von Damian Hunkeler. Die Motion will eine Förderung von Sanierungen, und die Bemerkung von Damian Hunkeler will auf eine Sanierungspflicht verzichten. Was wäre hier richtig? Wie so häufig ist es der Mittelweg. Aus Sicht der GLP ist es nicht sinnvoll oder zielführend, Sanierungen als die einzige Lösung zu sehen. Wir sollten uns nicht an emotionale Erinnerungen klammern und an Häusern festhalten, welche die Verdichtung nicht unterstützen. Wir müssen klar und sachlich erkennen, dass es in gewissen Momenten eine Sanierung braucht und in anderen einen Neubau. Darum wird die GLP zum einen die Motion M 626 ablehnen – es gibt bereits Instrumente zur Förderung von Sanierungen –, und zum anderen werden wir die Bemerkung 29 zum Verzicht auf eine Sanierungspflicht ebenfalls ablehnen. Es gibt einige Gebäude, die eine Sanierung benötigen, und hier muss man vorwärtsmachen. Man kann nicht das eine verbieten oder nur das andere wollen. Es braucht beides, und zwar emotionsfrei und sachlich.

Michael Kurmann: Zuerst zum Votum von Hasan Candan: Auch gut gemachte Flip-Flops sind für eine Bergtour nicht die richtigen Schuhe, dort braucht es Bergschuhe. Das bedeutet für Gebäude, dass ein kleines Einfamilienhaus, das vielleicht sanierungsfähig wäre, besser einem Mehrfamilienhaus weicht, wo man verdichtet bauen und mehr Wohnungen zur Verfügung stellen kann. Wie der Regierungsrat korrekt festhält, kann aus energetischer Sicht die Sanierung von Gebäuden gegenüber der Erstellung von Neubauten durchaus Sinn

machen. Aus diesem Grund fördert der Kanton mit einem Programm seit mehreren Jahren die energetischen Sanierungen von Wärmedämmungen und fossilem Heizungsersatz. Wir teilen darum die Meinung, dass mit den bestehenden und gemäss Planungsbericht Klima und Energie geplanten Fördermassnahmen bereits ausreichend Anreize für die Sanierung von Gebäuden bestehen oder geschaffen werden. Die Mitte bejaht es zudem, dass je nach Ausgangslage ein Abriss einer Sanierung vorzuziehen ist, insbesondere bezüglich der Bestrebung für verdichtetes Bauen, um eine bessere Nutzung des bestehenden Baulands zu erreichen. Auch ist bei vielen Gebäuden die bestehende Bausubstanz unzureichend und eignet sich nicht für energetisch sinnvolle Sanierungen. Aus diesem Grund lehnen wir die Motion ab. Zur nachfolgenden Bemerkung von Damian Hunkeler: Auch diese werden wir ablehnen. Wir können hier der Begründung von Claudia Huser folgen, wir sehen auch den Mittelweg als den besten an. Je nachdem kann eine Sanierungspflicht Sinn machen. Insbesondere bei den Heizungen möchten wir nicht zu radikal vorgehen und lehnen deshalb die Bemerkung ab.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Das Anliegen der Motion ist im Grundsatz berechtigt. Aus energetischer Sicht macht eine Sanierung oft mehr Sinn als ein Abriss oder ein Neubau im Sinn einer gesamtökologischen Betrachtung. Aus diesem Grund kennt der Kanton seit einigen Jahren das Förderprogramm für energetische Sanierungen, das ganz gezielt Wärmedämmungen und den Ersatz fossiler Heizungen unterstützt. Darum hat auch der Kanton Luzern die Fördermittel für dieses Jahr markant erhöht. Der Planungsbericht Klima und Energie gibt die Stossrichtung vor, dass die indirekten Treibhausgasemissionen auch bei den Baumaterialien reduziert werden sollen. Es gibt verschiedene Massnahmen im Planungsbericht, die in diese Richtung gehen. Ich verweise auch auf unsere Antwort zum Postulat P 620, das in Kürze beraten wird, wo wir ebenfalls Aussagen dazu gemacht haben. Auch das Kantonale Energiegesetz macht zu Veränderungen bei bestehenden Bauten Vorschriften zur Energieeffizienz, was sinnvoll ist. Wir sind aber überzeugt, dass mit den bestehenden Mitteln und den Massnahmen, die im Planungsbericht vorgesehen sind, genügend Instrumente vorhanden sind, um die Sanierung von Gebäuden noch weiter zu forcieren. Letztlich bleibt es aber eine Einzelfallbetrachtung bei den Gebäuden, ob eine Sanierung oder ein Neubau Sinn macht. Man darf nicht ausser Acht lassen, dass es zur Verdichtung durchaus Sinn macht, mit Neubauten mehr Wohnfläche pro Quadratmeter Bauzone zu realisieren. Es geht hier um den haushälterischen Umgang mit dem Boden, um die Anzahl Einwohner pro Fläche und somit um die Verdichtung, um Kulturland zu sparen. Neubauten haben da Vorteile, und man darf diesen Entscheid nicht vorwegnehmen. Darum beantragen wir Ihnen in diesem Sinn, die Motion abzulehnen.

Der Rat lehnt die Motion mit 77 zu 25 Stimmen ab.